

Mehr Rechte für Sprachbehinderte: Verein legte Beschwerde bei UNO ein

Verein „Wieso“ aus Schwanenstadt fordert bessere Förderung von technischen Hilfsmitteln

Von Herbert Schorn

SCHWANENSTADT, LINZ. Julian Scherb befindet sich seit acht Jahren im Wachkoma. Er kann nicht essen und trinken, nicht den Kopf bewegen, nicht weinen, nicht lachen. Aber er kann mit den Augen blinzeln. Das ist bis jetzt die einzige Form, wie sich der 15-Jährige der Außenwelt verständlich machen kann. „Er versteht aber nur Fragen, die mit Ja zu beantworten sind“, erzählt seine Mutter Anita Scherb. „Für Nein haben wir noch keinen Code gefunden.“

„Kein klassisches Hilfsmittel“

Jetzt setzt die Familie aus Herzogsdorf auf einen neuen Computer: Dabei kann der Bursch mittels Augenbewegung verschiedene Signale auslösen, etwa um ein Video oder eine CD zu starten oder um Hunger und Durst mitzuteilen. Doch das Gerät kostet rund 20.000 Euro und die Hürden, um an Förderungen zu kommen, sind groß. Die Familie muss an insgesamt vier Stellen lange Anträge stellen und Gutachten abliefern.

So gehe es vielen Menschen, die nicht oder nicht mehr sprechen können, sagt Andreas Peters vom Verein „Wieso“ aus Schwanenstadt: „Sie müssen bis zu sieben Anträge ausfüllen, damit sie das

Geld zurückbekommen. Meist bleiben sie aber auf bis zu 5000 Euro sitzen.“ Das widerspreche einer UNO-Konvention, die Österreich 2008 unterschrieben hat, sagt Peters: „Laut Artikel neun gibt es einen Rechtsanspruch auf Barrierefreiheit in der Kommunikation.“ Das sei in Österreich aber noch nicht umgesetzt. Daher legte der Verein Beschwerde beim Behinderten-Petitionsausschuss der Vereinten Nationen (UNO) ein.

Familie Scherb aus Herzogsdorf hofft, dass Julian mit einem Sprachcomputer endlich mit der Außenwelt kommunizieren kann. (privat)

Peter Allenguten von der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse (GKK) weist darauf hin, dass derartige Kommunikationshilfen keine klassischen Hilfsmittel seien und daher von der GKK nicht bezahlt werden müssten. „Wir übernehmen aber seit 2002 einen Kostenzuschuss.“

Auch Renate Hackl, zuständige Abteilungsleiterin beim Land, kennt die Probleme. „Diese können aber nur in einem gemeinsamen Kraftakt der Bundesregierung und der Länder gelöst werden. Es hat keinen Sinn, wenn das ein Land alleine macht.“ Im nationalen Aktionsplan seien Maßnahmen vorgesehen, die bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden sollen.

